



EESC info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

June 2022 | DE

This page is also available in:

- [ES](#)
- [BG](#)
- [CS](#)
- [DA](#)
- [EN](#)
- [ET](#)
- [FR](#)
- [EL](#)
- [GA](#)
- [HR](#)
- [IT](#)
- [LV](#)
- [LT](#)
- [HU](#)
- [MT](#)
- [NL](#)
- [PL](#)
- [PT](#)
- [FI](#)
- [RO](#)
- [SK](#)
- [SL](#)
- [SV](#)

Available Languages:

GRUSSWORT



Grußwort

Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Erstellung des EU-Haushalts

Haushalte sind nicht geschlechtsneutral. Vielmehr können sie Indikatoren dafür sein, mit wie viel Engagement Ziele wie die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen und die

Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter vorangetrieben werden.

Daher hat die Kommission für Finanz- und Haushaltsfragen des EWSA beschlossen, das Konzept des „Gender Budgeting“ eingehend zu prüfen. Worum geht es dabei konkret? Kurz gesagt, um die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans. Dies bedeutet, dass in Bezug auf die potenziellen Auswirkungen von Ausgabenentscheidungen auf die Geschlechtergleichstellung für mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz gesorgt werden muss, wobei Zielgruppen von Begünstigten festgelegt werden müssen, um Diskriminierungen oder Ungleichheiten bei der Umsetzung der einzelnen Strategien und Maßnahmen zu vermeiden. Auf diese Weise lässt sich besser nachvollziehen, wie unterschiedlich sich die Einnahmen und Ausgaben der verschiedenen Gremien, Institutionen und Regierungen auf Frauen und Männer auswirken können. Außerdem kann diese Vorgehensweise auch dazu beitragen, öffentliche Mittel so einzusetzen, dass Haushalte und politische Maßnahmen effizienter und wirksamer werden.

Das „Gender Budgeting“ entspricht dem Engagement der EU, für eine durchgängige Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten zu sorgen, wobei das Europäische Parlament und der Rat die Mitgliedstaaten wiederholt dazu aufgefordert haben, diesen Ansatz zu übernehmen und umzusetzen. Darüber hinaus verfolgt die Europäische Kommission mit Hochdruck einen Ansatz, der eine Bewertung der Auswirkungen der Ausgabenentscheidungen in allen Bereichen des EU-Haushalts auf die Geschlechtergleichstellung ermöglichen würde.

Eine vom Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments in Auftrag gegebene Studie empfiehlt dem Parlament, der Kommission und dem Rat, Maßnahmen zu ergreifen, um das Prinzip des „Gender Budgeting“ bei der Erstellung des EU-Gesamthaushalts anzuwenden. In einer Entschließung brachte das Europäische Parlament seine Zustimmung zu diesem Konzept zum Ausdruck und äußerte die Absicht, auch die anderen EU-Institutionen in Zukunft davon überzeugen zu wollen.

Ich bin der Auffassung, dass der EWSA dieser Empfehlung unbedingt nachkommen sollte. Natürlich könnte das Europäische Parlament auch die Debatten über die Haushalts- und Haushaltsentlastung im Plenum nutzen, um die Umsetzung dieses Ziels einzufordern. Die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung und die Umsetzung dieses Konzepts durch die EU-Institutionen werden zwingend ein starkes politisches Engagement sowie legislative Maßnahmen erfordern. Wir werden uns daher intensiv mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit sich der EWSA als beratende Einrichtung, die die Organisationen der Zivilgesellschaft vertritt, an diesem strategisch so wichtigen Prozess beteiligen kann.

Giulia Barbucci, EWSA-Vizepräsidentin für Haushalt

BITTE VORMERKEN

20. Juni 2022, Brüssel

Konferenz „One Health“

6. Juli 2022, Bratislava, Slowakei

The rule of law: why should we care?

13./14. Juli 2022, Brüssel

EWSA-Plenartagung

31. Juli 2022, 10.00 Uhr (Ortszeit Brüssel)

Preis der Zivilgesellschaft: Bessere Zukunftsaussichten für junge Menschen und Unterstützung ukrainischer Kriegsoffer - Nominierungen jetzt möglich



FLUCHT AUS DER UKRAINE

Kolja lebt mit der Katze der Familie allein in seiner Wohnung, die durch russische Luftschläge mitten im Zentrum von Irpin teilweise zerstört wurde. Seine Familie ist nach Frankreich geflohen, er jedoch hat sich zum Bleiben entschieden, um ihr Zuhause und ihr Eigentum zu verteidigen. Er zeigt uns stolz die Fotos seiner Kinder, ihre Medaillen für Ballett und Taekwondo, und sagt dann, dass er sicher sei, sie bald wiederzusehen, „sobald das alles vorbei ist“.

Costas Constantinou ist Chefredakteur der zyprischen Tageszeitung „Politis“. Er reiste im März und dann erneut im April in die Ukraine, um vom Krieg, der Flüchtlingskrise und dem Überlebenskampf der ukrainischen Bevölkerung zu berichten. Herzlichen Dank an **Herrn**

Constantinou dafür, dass er den auf diesem Bild festgehaltenen Moment mit uns teilt. (ks)



„ZUR SACHE“

In unserer Kolumne „Zur Sache“ äußern sich EWSA-Mitglieder zu wichtigen Themen der europäischen Agenda. **Alena Mastantuono** hat als Berichterstatteerin die Stellungnahme „REPowerEU: gemeinsames europäisches Vorgehen für erschwinglichere, sichere und nachhaltige Energie“ zur Energieversorgungssicherheit mitverfasst, die der EWSA auf seiner Mai-Plenartagung verabschiedet hat. Heute spricht **Alena Mastantuono** exklusiv für unsere Leserinnen und Leser über das neue Paket „RePowerEU“, das am 18. Mai 2022 von der Europäischen Kommission vorgelegt wurde. (ehp)



RUSSISCHES ROULETTE MIT EUROPA

Die Drohung des Kremls, den Gashahn zuzudrehen, treibt Europa um. Nach Polen und Bulgarien gehören nun auch Finnland, Dänemark und die Niederlande zu den Ländern, die bei der russischen Regierung in Ungnade gefallen sind und nicht mehr mit Gas aus Russland versorgt werden.

Am 18. Mai hat die Europäische Kommission ihren mit 300 Mrd. Euro ausgestatteten REPowerEU-Plan vorgelegt, mit dem bis 2027 Unabhängigkeit von russischen Energieimporten erreicht werden soll. Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten suchen nach raschen Ersatzlösungen für die Energielieferungen aus Russland. Sie treiben den Ausbau erneuerbarer Energien schneller voran und greifen tief in die Staatskassen, um die erforderlichen Infrastrukturen für die Einfuhr von Flüssigerdgas und die Auffüllung der Gasspeicher aufzubauen. Und sie überlegen, wo Energie eingespart und Gas ersetzt werden kann. Unterdessen tickt die Uhr, und niemand weiß, wen es beim russischen Roulette als nächsten treffen wird.

Keine Frage – die Lage ist äußerst ernst und erfordert beispiellose Maßnahmen.

Zusätzliche Investitionen in die Infrastrukturen für erneuerbare Energien und in deren Ausbau sind kein Leichtes, insbesondere in Zeiten, in denen sich die Volkswirtschaften gerade von der COVID-19-Krise erholen. Jeder ausgegebene Euro muss in einer Wirtschaft mit derzeit hoher Inflation generiert werden, und jeder aufgenommene Euro hat seinen Preis und trägt zum Verschuldungsrisiko bei. Gleichzeitig bedeutet eine höhere Nachfrage nach dem Gesetz des Marktes auch steigende Preise. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Energiepreise aufgrund der durch den Krieg verursachten zusätzlichen Sicherheitskosten noch weiter nach oben getrieben werden. Ein weiteres Problem, dem wir gegenüberstehen, ist die Unterbrechung der Lieferketten, durch die der Ausbau erneuerbarer Energien behindert wird.

Zur rascheren Einführung sauberer Technologien setzt der REPowerEU-Plan zu Recht auf beschleunigte Genehmigungsverfahren, zumal neue Wind- und Solarprojekte zu einem „überwiegenden öffentlichen Interesse“ erklärt werden. Im Einklang mit der EWSA-Stellungnahme zu der Mitteilung „REPowerEU“ wird in dem Plan ferner gefordert, auf nationaler Ebene in Bereichen mit geringem Umweltrisiko „go-to“-Gebiete auszuweisen. Gleichzeitig wird darin vorgeschlagen, die im letztjährigen Vorschlag formulierte EU-Zielvorgabe für erneuerbare Energien von 40 % bis 2030 auf 45 % anzuheben und das im Juli 2021 festgelegte Energieeffizienzziel von 9 % auf 13 % zu erhöhen. Ein weiterer Vorschlag besteht darin, die Installation von Solarpaneelen für öffentliche Gebäude bis 2025 und für neue Wohngebäude bis 2029 verbindlich vorzuschreiben. Angesichts der derzeitigen Marktlage liegt auf der Hand, dass es technisch einfach nicht möglich ist, diese Ziele zu erreichen. Ehrgeiz ist zwar begrüßenswert, doch müssen wir uns fragen, inwieweit unsere Ziele realistisch und glaubwürdig sind.

Die Kommission weist in ihrem Plan auch darauf hin, dass der Verzicht auf russische Energieeinfuhren zu höheren und volatileren Energiepreisen in Europa führen kann. Die Lage erfordert gezielte befristete Maßnahmen in den Mitgliedstaaten, die den Binnenmarkt möglichst wenig verzerren, oder Maßnahmen auf EU-Ebene, die weder die Dekarbonisierungsbemühungen untergraben noch die Energieversorgung gefährden. Marktinterventionen bergen im Allgemeinen das Risiko, dass sie zu Investitionsunsicherheiten führen und der Dekarbonisierung der Energieindustrie entgegenwirken und damit längerfristigen Zielen zuwiderlaufen.

Der europäische Strommarkt hat sich bei der Vermeidung von Versorgungseinschränkungen oder gar Stromausfällen in bestimmten Gebieten bewährt. Ein solidarisches Handeln der Mitgliedstaaten auf dem EU-Strommarkt wird nicht nur mit Blick auf den nächsten Winter, sondern auch im Hinblick auf die nächste Runde beim „russischen Roulette“ entscheidend sein.

Alena Mastantuono, Mitglied des EWSA

EINE FRAGE AN ...



Eine Frage an ...

In dieser Rubrik bitten wir EWSA-Mitglieder, eine Frage zu einem Thema zu beantworten bezieht, das ihrer Ansicht nach ganz oben auf der europäischen Agenda steht.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner Plenartagung im Mai die EntschlieÙung „Wie kann die Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft in die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne verbessert werden?“ **Luca Jahier** ist zusammen mit Gonçalo Lobo Xavier und Javier Doz Orrit einer der drei Berichterstatter für dieses Dokument.

Wir baten den ehemaligen Präsidenten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (2018-2020) und derzeitigen stellvertretenden Vorsitzenden der Ad-hoc-Gruppe Europäisches Semester, eine Frage zu diesem Thema zu beantworten. (ehp)



Luca Jahier: Nationale Aufbau- und Resilienzpläne sind auf einem guten Weg

EWSA info: Wie beurteilen Sie den Stand der Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne in den Mitgliedstaaten?

Luca Jahier: Vor einem Jahr standen wir ganz am Anfang der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität. Nur sehr wenige Länder hatten damals bei der Ausarbeitung ihrer nationalen Pläne Fortschritte erzielt.

Vor allem war es uns wichtig, zu prüfen und zu betonen, wie wichtig die Umsetzung von Artikel 18 der EU-Verordnung bezüglich der Verpflichtung der Mitgliedstaaten ist, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie die Sozialpartner, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, Hochschulen und andere Interessenträger bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Pläne zu beteiligen.

In diesem Jahr haben 26 Länder ihre Pläne fertiggestellt (die Niederlande befinden sich dabei gerade in der Schlussphase). Mit Ausnahme von nur zwei Ländern – wegen der Rechtsstaatlichkeit-Konditionalität – sind alle anderen bereits genehmigt worden. Viele befinden sich bereits in der Umsetzungsphase. Einige Pläne wurden bereits vollständig abgeschlossen und von der EU nach den ersten sechs Monaten der Umsetzung positiv bewertet. Sie kommen auch im zweiten Halbjahreszeitraum zügig voran. Es gibt zahlreiche weitere Anhaltspunkte dafür, dass Artikel 18 der Verordnung über die Aufbau- und Resilienzfazilität in der Praxis zur Anwendung kommt. Der endgültige Inhalt der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne wird von der organisierten Zivilgesellschaft inzwischen allgemein positiv bewertet.

Wenngleich es zahlreiche qualitative Unterschiede bei der Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Mitgliedstaaten gibt (mitunter ist die Beteiligung minimal), sind doch einige hervorragende vorbildliche Verfahren festzustellen. So besteht beispielsweise in Österreich, Frankreich, Luxemburg, Spanien und Schweden eine enge und konstruktive Zusammenarbeit mit den Regierungen, die durch Transparenz und ständigen Dialog gestärkt wird. Darüber hinaus wurde in Tschechien, Estland, Finnland, Italien und Spanien eine Website bzw. ein Regierungsportal zur Aufbau- und Resilienzfazilität mit

transparenten Informationen für die Öffentlichkeit eingerichtet. In Italien wurde im November 2021 eine permanente Partnerschaftsrunde auf Regierungsebene eingerichtet, die vom Präsidenten des nationalen Wirtschafts- und Sozialrates koordiniert wird. In Kroatien ist die organisierte Zivilgesellschaft bei der Umsetzung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans an der Vorbereitung von Ausschreibungen beteiligt. In Portugal schließlich wurde ein Nationaler Begleitausschuss eingesetzt, dem unter anderem Vertreter der Sozialpartner, Hochschulen und des sozialen Sektors angehören.

Daher lässt sich der Schluss ziehen, dass erstens dieser Aspekt weiter betont werden muss. Die Mitgliedstaaten sollten positive Erfahrungen und bewährte Verfahren übernehmen. Zweitens wird deutlich, dass eine hochwertige, wirksame und stabile Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an der wirtschaftspolitischen Steuerung in den Mitgliedstaaten auf Rechtsvorschriften sowie auf öffentlichen und transparenten Verfahren beruhen sollte, die durch eine Richtlinie oder Verordnung der EU garantiert werden.

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



Unser Überraschungsgast

Jeden Monat stellen wir in dieser Rubrik eine Persönlichkeit vor, deren Arbeit und Engagement andere inspiriert. Diese Menschen sind ein Vorbild an Mut, Charakterstärke und Entschlossenheit. Ihre Zivilcourage verdient Respekt. In diesem Monat ist **Kostas Onisenko** bei uns zu Gast.

Kostas Onisenko arbeitet seit 20 Jahren als Journalist für griechische Medien, Zeitungen und das Fernsehen. Seit 2014 berichtet er über den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, seit fünf Jahren als Korrespondent für verschiedene griechische Medien aus Kiew, wo er lebt. Zugleich informiert Onisenko die griechische Öffentlichkeit regelmäßig auf seinen Seiten in den sozialen Netzwerken über die Entwicklungen in der Ukraine.



„Objektivität“ oder „Ethik“ in der Berichterstattung über den Ukrainekrieg?

Nach dem Vietnamkrieg hatte sich weltweit eine objektive Kriegsberichterstattung durchgesetzt, d.h. die Journalisten ergreifen weder für die eine noch für die andere Seite Partei. Diese neue Praxis galt als enormer Fortschritt auf dem Weg zur Objektivität – anders als der vorher übliche „embedded journalism“, bei dem die Berichtersteller den Streitkräften eines Landes zugewiesen wurden. Möglich war dies natürlich aufgrund des Wirtschaftswachstums der Medienunternehmen, aber auch weil die meisten Konflikte „fernab“ des Hauptsitzes der großen Medienunternehmen ausgetragen wurden. Es waren „fremde“ Kriege, so dass Journalisten relativ leicht eine emotionale Distanz wahren konnten. Der Ukrainekrieg „stört“ diesen Grundsatz und dürfte demnächst die allgemeine Funktionsweise der Medien sowie ihr Verhältnis zu

Gesellschaft und Staat erheblich verändern.

Die Information über den Ukrainekrieg, der de facto 2014 mit der russischen Invasion in der Krim begann, war von Anfang an von Lügen geprägt. Große und kleinere internationale Medien berichteten von „Neonazis, die die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine unterdrücken“ und lieferten so dem Kreml einen Vorwand für fortgesetzte Gräueltaten. Diese Berichte waren weniger der Inkompetenz der westlichen Medien geschuldet als vielmehr ein Zeichen dafür, dass das westliche Mediensystem kaum gewappnet war, um einer derartigen, von Moskau organisierten und finanzierten Desinformationswelle zu begegnen. Es war ein Zeichen dafür, dass Moskau die Freiheiten der westlichen Welt ausnutzte, um eben diese Freiheiten gezielt zu untergraben.

Als dies – besonders in den letzten drei Monaten – offenkundig wurde, ergriff ein Großteil der ausländischen Journalisten offen Partei für die Ukraine; nicht nur weil das Land ohne Anlass angegriffen wurde, sondern auch weil diesen Journalisten bewusst wurde, dass zugleich all die Grundsätze und Werte angegriffen werden, die u.a. der Meinungsfreiheit und funktionierenden Medien zugrunde liegen.

Auf den ersten Blick könnte diese Entscheidung als „Abkehr“ der Journalisten von ihrem Prinzip der Objektivität angesehen werden. Wobei sich fragt, wie „objektiv“ und „unparteiisch“ das Porträt einer Vergewaltigers und seines Opfers überhaupt ausfallen kann. Dieser Krieg hat besonders gut verdeutlicht, dass die Wahrung „derselben Distanz“ zum Opfer und zum Täter stets Letzterem nützt.

Das Dilemma bestand auch darin, dass man sich zwischen Objektivität und Ethik entscheiden musste. Es mag seltsam klingen, aber viele große Medien stehen tatsächlich vor diesem Dilemma. Dabei geht es auch darum, ob „Europa“ – zumindest das von den Ukrainern gemeinte Europa – zur Verteidigung seiner Freiheit bereit ist, auch wenn dies eine strengere Kontrolle potenzieller Verletzungen gegen diese Freiheiten erfordert.

In den letzten acht Jahren ist in der ukrainischen Gesellschaft und insbesondere bei den Journalisten in der Ukraine die Überzeugung gereift, dass die Russische Föderation – und nunmehr jede gegen die europäischen Grundsätze und Werte konspirierende Macht – unsere Meinungsfreiheit und die Medien als Kriegsinstrument gegen uns selbst einsetzen kann.

Trotz des militärischen Einmarsches in der Ukraine wurden die Ukrainer in den letzten acht Jahren auch als Verantwortliche oder Mitverantwortliche für diese Lage dargestellt. Sie wurden als Täter dargestellt, waren jedoch de facto Opfer. Eine der Folgen zeigte sich auf dem Schlachtfeld: weniger Sanktionen gegen Russland, verzögerte Waffenlieferungen an die Ukraine usw. Dies scheint sich jetzt zu ändern, nicht nur dank

der Journalisten, die mit ihrer Arbeit zur Aufdeckung der groben Lügen Russlands beitragen, sondern auch weil viele Journalisten ihre Rolle in der Gesellschaft wiederentdecken: Nicht als haltungslose Überbringer von Nachrichten, sondern als zentrales Nervensystem der Gesellschaft, das unter anderem bei der Beantwortung einer einfachen Frage hilft: Wo ist das Gute und wo ist das Böse?

Kostas Onisenko

Kostas Onisenko ist ein griechischer Journalist, der in der Ukraine lebt und als Korrespondent für griechische Medien arbeitet.

EWSA



Charles Michel fordert bei Rede im EWSA eine Europäische Geopolitische Gemeinschaft unter Einschluss der Ukraine

Bei der Eröffnung der Plenartagung im Mai betonte die EWSA-Präsidentin: „Gemeinsam müssen wir die Folgen des Krieges in der Ukraine und die künftigen geopolitischen Herausforderungen bewältigen. Europa muss sich von einem Meister der Krisenbewältigung zum Weltmeister der Zukunftsgestaltung entwickeln“.

„Der Kreml hat sich geirrt – in Bezug auf seine militärische Fähigkeiten, die Stärke des ukrainischen Widerstands und die Entschlossenheit und Einheit Europas“, so der Präsident des Europäischen Rates, **Charles Michel**, der einen neuen Ansatz für die Erweiterungsverhandlungen vorschlug.

Angesichts der schleppenden Fortschritte der Verhandlungen mit den Westbalkanländern und neuen Beitrittsanträgen der Ukraine, Georgiens und Moldaus sollte die EU einen Ansatz der „verhältnismäßigen und gesteuerten Integration“ anstreben.

Michel zufolge „könnte die Lösung in einer schrittweisen und progressiven Integration im Zuge des Beitrittsprozesses liegen“.

Der Präsident des Europäischen Rates sprach über die Schaffung einer Europäischen Geopolitischen Gemeinschaft, da die EU eine größere politische Führungsrolle übernehme. Die Außenpolitik wäre ein wichtiger Bereich der Zusammenarbeit innerhalb dieser Gemeinschaft. „Ziel ist es, Konvergenz zu schaffen

und die operative Zusammenarbeit zu vertiefen. Es gilt, gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen und Frieden, Stabilität und Sicherheit auf unserem Kontinent zu wahren“, so Michel.

Er stellte indes klar, dass diese Initiative „in keiner Weise die Erweiterung ersetzen soll oder gar als neue Ausrede für einen Aufschub gedacht ist. Genauso wenig ist dies eine Garantie für die Teilnehmer, eines Tages auch tatsächlich Mitglied der EU zu sein.“ (at)



Ganzheitliches und kohärentes Migrationssystem zum Schutz Europas vor Bedrohungen durch Diktaturen und Flüchtlingskrisen

Als Reaktion auf die staatlich geförderte Instrumentalisierung von Migranten an den EU-Außengrenzen veranstaltete der EWSA eine einschlägige Konferenz, auf der die Dynamik für eine

Europäisierung der Migrationspolitik herausgestellt wurde. Bislang können autoritäre Führer menschliches Leid instrumentalisieren, um Europa zu erpressen, da sie sich der Spaltung des Kontinents im Bereich der Migrationspolitik bewusst sind.

Die Konferenz mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer Europäisierung der Migrationspolitik? *Lehren aus der Instrumentalisierung von Migranten und dem Krieg in der Ukraine*“ fand in Verbindung mit einer Sitzung der Fachgruppe Außenbeziehungen (REX) statt.

Die Instrumentalisierung von Migranten durch das belarussische Regime ist kein Präzedenzfall – ähnliche Vorkommnisse gab es bereits in der Türkei, Libyen und Marokko.

In Bezug auf die Instrumentalisierung von Migranten als Waffe in den Händen autoritärer Führer erklärte **Margaritis Schinas**, Vizepräsident für die Förderung unserer europäischen Lebensweise: „Die wichtigste Erkenntnis aus unserer bisherigen Politik lautet, dass wir so lange Zielscheibe bleiben, wie wir es nicht schaffen, ein abgestimmtes gemeinsames Migrationssystem zu schaffen.“

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** betonte: „Diese Flüchtlingskrise hat verdeutlicht, dass sich Migration auf sämtliche Mitgliedstaaten auswirkt. Die EU muss diese Dynamik nutzen, um das neue Migrations- und Asylpaket voranzubringen und einen Systemwechsel zu erreichen, der notwendig ist, um eine rationale und auf Rechten beruhende EU-Asyl- und Migrationspolitik in die Wege zu leiten.“

„Jetzt ist der Augenblick der Geopolitik gekommen. In diesem Zusammenhang ist eines ganz wichtig: Die Pandemie hat uns zusammenrücken lassen – und dieser Krieg zeitigt die gleiche Wirkung auf die europäische Öffentlichkeit“, so Vizepräsident **Margaritis Schinas**. (at)



Die Unterdrückung des zivilgesellschaftlichen Dialogs in der EU ist vollkommen unzulässig

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) fordert die EU-Organe nachdrücklich zu Nulltoleranz gegenüber Einstellungen und Verhaltensweisen der Mitgliedstaaten auf, die die Arbeit der Zivilgesellschaft behindern und ihren

Handlungsspielraum in Europa einschränken.

Um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, ruft der EWSA u. a. dazu auf, EU-Fördermittel bei Ländern einzubehalten, die europäische Werte nicht achten, um sicherzustellen, dass die Zivilgesellschaft an allen Phasen der Politikgestaltung beteiligt wird, und als Garant für die partizipative Demokratie in Europa.

In der Stellungnahme [Die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen als Hüter des Gemeinwohls bei der Erholung nach der Pandemie](#) weist der EWSA darauf hin, dass die europäische Zivilgesellschaft noch immer vor vielen großen Hindernissen steht, da ihr Handlungsspielraum in einigen Teilen der EU drastisch eingeschränkt wird. Und das obwohl die Zivilgesellschaft bei der Abfederung der Folgen der Pandemie eine wichtige Rolle gespielt hat und ihre Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine von Tag 1 der Aggression Russlands gegen die Ukraine beispielhaft war.

„Die Zivilgesellschaft hat entscheidend dazu beigetragen, dass unsere Gesellschaft die COVID-19-Pandemie durchstanden hat. Jetzt zeigt die Ukraine-Krise deutlich den Wert und die Bedeutung der Zivilgesellschaft für unsere Demokratien auf“, meint der Berichterstatter für die Stellungnahme, **Ioannis Vardakastanis**.

Da die Zivilgesellschaft beim Wiederaufbau nach der COVID-19-Krise, der eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, eine entscheidende Rolle spielen wird, muss die EU für einen Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und den politischen Entscheidungsträgern sorgen, denn das Fehlen eines solchen Dialogs ist eines der größten Hindernisse für die europäische Zivilgesellschaft auf allen Ebenen.

Ein weiteres Hindernis ist die mangelnde sinnvolle Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Beschlussfassung über wichtige Maßnahmen und Rechtsvorschriften.

Nach Auffassung des EWSA müssen die EU-Organe eine Nulltoleranz-Politik gegenüber diesen Einstellungen einnehmen und „deutlich und kompromisslos“ reagieren, da die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Politikgestaltung untrennbar mit den Werten der EU und ihren Verträgen verbunden ist. Auf europäischer und nationaler Ebene sollten Rechtsvorschriften erlassen werden, um solche Verhaltensweisen zu unterbinden.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sollten von der EU, lokalen und nationalen Behörden finanzielle und technische Unterstützung erhalten, damit sie ihrer Rolle gerecht werden können. Ihre Unabhängigkeit darf dadurch allerdings nicht leiden. (II)



Erholung nur mit systematischer Einbeziehung der europäischen Zivilgesellschaft möglich

Der EWSA hat eine neue EntschlieÙung zur Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft an der Umsetzung und Überwachung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne verabschiedet. Eine kürzlich durchgeführte Konsultation ergab, dass die organisierte Zivilgesellschaft nicht in dem Maße in die

Weiterverfolgung der Pläne einbezogen wird, wie dies rechtlich vorgesehen ist.

Der Ausschuss fordert klare Regeln, um diesem Problem wirksam entgegenzuwirken und die Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. Während der Debatte im Vorfeld der Verabschiedung wies EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** darauf hin, dass es notwendig ist, die organisierte Zivilgesellschaft in die in den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen vorgesehenen Reformen einzubinden, um für eine bessere Qualität, Transparenz und Umsetzung neuer Maßnahmen zu sorgen. **Gonçalo Lobo Xavier**, stellvertretender Vorsitzender der Ad-hoc-Gruppe Europäisches Semester, ging auf einige der wichtigsten Ergebnisse der Konsultation ein.

„Die endgültigen Fassungen der Aufbau- und Resilienzpläne werden von der organisierten Zivilgesellschaft in der Regel positiv bewertet. Allerdings kommt die soziale Dimension in diesen Plänen häufig zu kurz.“

Javier Doz Orrit, Vorsitzender der Gruppe, stellte die wichtigsten Empfehlungen vor. Er ersuchte zudem die Mitgliedstaaten, „die Regeln der Aufbau- und Resilienzfähigkeit unbedingt einzuhalten“, und forderte die Kommission und das Parlament auf, dies durchzusetzen. **Luca Jahier**, ebenfalls stellvertretender Vorsitzender der Gruppe, legte einige bewährte Vorgehensweisen dar und kommentierte, dass „eine wirklich wirksame und hochwertige Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft in die wirtschaftspolitische Steuerung der EU erst durch eine Reform des Europäischen Semesters erreicht würde.“

Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission, hob in der Debatte hervor, welche Auswirkungen die Invasion der Ukraine durch Russland auf die Erholung der Weltwirtschaft und die EU haben wird und wie dies abgefedert und überwunden werden kann. (tk)



EWSA: Der Krieg in der Ukraine ist eine große Herausforderung für die EU-Kohäsionspolitik

Die Kohäsionspolitik spielt bei der Bewältigung der COVID-19-Krise, der Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 und dem Abbau der Ungleichheiten in Europa eine Schlüsselrolle. In einer

kürzlich verabschiedeten Stellungnahme stellt der EWSA fest, dass kurz- bis mittelfristig der Krieg in der Ukraine die größte Herausforderung für die Kohäsionspolitik darstellt.

Es muss schnell gehandelt werden, um den Flüchtenden zu helfen und die europäische Integration der Ukraine sicherzustellen. In seiner Stellungnahme spricht sich der EWSA nachdrücklich für einen möglichst baldigen EU-Beitritt der Ukraine sowie für eine entsprechende Anpassung der Kohäsionspolitik und ihrer Finanzinstrumente aus.

Konkret schlägt der EWSA die Einrichtung eines gesonderten EU-Fonds aus, um den Wiederaufbau und die Entwicklung der Ukraine nach dem Krieg zu erleichtern. In seiner auf der Mai-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme hat der EWSA die Mitteilung der Europäischen Kommission zum achten Kohäsionsbericht: *Kohäsion in Europa bis 2050* analysiert.

Der Bericht erschien zwei Wochen vor der russischen Invasion in die Ukraine, weshalb deren Auswirkungen darin nicht berücksichtigt werden. Der Berichterstatter, **Krzysztof Balon**, erklärte: „Kurz- und mittelfristig stellt die Aggression Russlands auf die Ukraine die größte Herausforderung in Bezug auf die Kohäsionspolitik dar, zumal sie de facto auch ein Akt der Aggression gegen die EU ist“. Mitberichterstatte **Gonçalo Lobo Xavier** fügte hinzu: „Die Kohäsionspolitik ist nach wie vor ein wichtiges Instrument für den Wiederaufbau und die Resilienz der europäischen Wirtschaft, wobei KMU besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.“ (tk)



EWSA fordert einen offenen und sicheren Schengen-Raum

Der Krieg in der Ukraine hat zu einem beispiellosen Zustrom von Flüchtlingen geführt, die Schutz in der EU suchen. Dies macht deutlich, dass wirksame, humane und humanitäre gemeinsame europäische Regelungen zu Migration und Asyl in einem offenen, aber gleichermaßen sicheren Schengen-Raum dringend erforderlich sind, so der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in einer Stellungnahme, die auf seiner Plenartagung im Mai verabschiedet wurde.

„Die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine hat die Lage grundlegend verändert. Sie stellt die größte Bedrohung für das Funktionieren des Schengen-Raums und die Sicherheit der EU in ihrer Geschichte dar. Die schrecklichen Ereignisse in der Ukraine machen deutlich, wie wichtig die Sicherheit der Außengrenzen des Schengen-Raums und Stabilität als Voraussetzung für die innere Sicherheit Europas ist“, so der Berichterstatter für die [Stellungnahme „Sicherheitsunion/Schengen-Paket“](#), **Krzysztof Balon**.

Der EWSA teile den Standpunkt der Kommission, dass Grenzschießungen zwischen Schengen-Ländern nur vorübergehend sein sollten.

In der Stellungnahme wurde das jüngste Paket der Kommission zur Aktualisierung der Vorschriften für den Schengen-Raum bewertet. Der EWSA betonte, dass den Sicherheitsbedenken der Mitgliedstaaten eine intensivere und verstärkte Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Strafverfolgungsbehörden besser entspricht als die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen.

In der Stellungnahme wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die EU und die Mitgliedstaaten beim Grenz-, Migrations- und Asylmanagement die Charta der Grundrechte sowie vor allem das Recht auf Freizügigkeit und die Aufenthaltsfreiheit sowie das Recht auf Asyl und den Grundsatz der Nichtzurückweisung jederzeit achten. Gleiches gilt für alle Bereiche der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten.

Der EWSA forderte die Mitgliedstaaten auf, den Solidaritätsmechanismus proaktiv zu unterstützen und die Verantwortung für die Migrationssteuerung im Einklang mit den Bestimmungen des neuen Asyl- und Migrationspakets gemeinsam zu tragen.

Solidaritätsmechanismen zwischen den Mitgliedstaaten könnten auf der Grundlage der Richtlinie über vorübergehenden Schutz entwickelt werden, die angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine erstmals angewandt wurde und die vom EWSA nachdrücklich begrüßt wird. Die Kommission sollte die Anwendung der Richtlinie über vorübergehenden Schutz für Drittstaatsangehörige in künftigen schweren und drängenden Krisensituationen erwägen.

Der EWSA brachte ebenso erneut seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Zypern weiterhin vom Schengen-Raum ausgeschlossen sind und forderte wie die Kommission ein rasches und entschlossenes Handeln des Rates, um hier Abhilfe zu schaffen. (II)



EWSA begrüßt lang erwarteten „Aktionsplan für die Sozialwirtschaft“

Der EWSA fordert stärkere Maßnahmen in vier Kernbereichen, um den Aktionsplan wirksamer zu machen, wertet es aber auch positiv, dass viele seiner Vorschläge Berücksichtigung gefunden haben.

In seiner auf der Mai-Plenartagung verabschiedeten [Stellungnahme](#) befürwortet der EWSA den von der Europäischen Kommission vorgelegten [Aktionsplan für die Sozialwirtschaft](#), der zahlreichen Vorschlägen Rechnung trägt, die der EWSA über ein Jahrzehnt hinweg unterbreitet hat.

„Wir freuen uns sehr, dass dieser Plan endlich angenommen wurde – auch wenn damit die Arbeit erst richtig beginnt“, so **Giuseppe Guerini**. „Jetzt ist es an der Zeit, den Plan mit mutigen und langfristigen Maßnahmen umzusetzen. Der EWSA hat eine Fülle innovativer und konkreter Vorschläge unterbreitet, um sicherzustellen, dass das Potenzial der Sozialwirtschaft in möglichst vielen EU-Mitgliedstaaten voll und ganz genutzt wird.“

Nach Auffassung des EWSA umfasst der Plan vier Kernbereiche, in denen die Anstrengungen verstärkt werden könnten:

- flexiblere Formen der Zusammenarbeit zwischen Behörden und sozialwirtschaftlichen Unternehmen bei der lokalen Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge, wobei in der Vergaberichtlinie klar zwischen der Verfolgung des allgemeinen Interesses und der Vollendung des Binnenmarkts unterschieden werden sollte;
- regulatorisches Eingreifen, ggf. in Form von Leitlinien, zur Klärung der Voraussetzungen für den Zugang zu staatlichen Beihilfen und der Höhe der verfügbaren Fördermittel für Mitgliedstaaten, damit sie den ganzen Spielraum nutzen können, um sozialwirtschaftlichen Unternehmen zu helfen. Die Veranstaltung von Workshops und Webinaren, wie von der Kommission angeregt, wird nicht ausreichen;
- ein System von garantierten Krediten und Darlehen, wie es bereits unionsweit für KMU existiert; dieses sollte von den Mitgliedstaaten mit Unterstützung durch die EU eingerichtet werden. Es ist gut und schön, neue Finanzprodukte einzuführen, um private Finanzmittel für sozialwirtschaftliche Unternehmen zu mobilisieren – viele dieser Unternehmen benötigen aber bereits beim Zugang zu Krediten im Alltag Unterstützung;
- eine spezifische Besteuerung der Sozialwirtschaft. Diese ist zwar durchaus begrüßenswert, doch sollten die Mitgliedstaaten auf ihrem Weg hin zu einer koordinierten Steuerharmonisierung begleitet werden, die sich ggf. an bewährten Verfahren einiger Länder orientiert, z.B. Steuerbefreiungen für einbehaltene Gewinne, Mehrwertsteuerermäßigung, Ermäßigungen der bzw. Befreiungen von den Sozialversicherungskosten. (dm)



Europa muss die Verbreitung von Hetze und Hasskriminalität entschlossen bekämpfen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) unterstützt in einer auf seiner Mai-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme die Initiative der Europäischen Kommission zur Ausweitung der Liste der EU-Straftaten auf jede Form von Hasskriminalität und Hetze und fordert den Rat auf, diesen Vorschlag anzunehmen.

Organisationen der Zivilgesellschaft können die Zunahme von Hetze und Hasskriminalität aus erster Hand bezeugen, da sie sowohl Betroffenen beistehen als auch selbst zum Ziel von Hass werden. Daher unterstreicht der EWSA die Notwendigkeit, die Menschenwürde, die Grundrechte und die Gleichheit zu wahren. „Demokratie ist – wie die EU selbst – nicht möglich, wenn Menschen in Angst und Scham leben,“ erklärte Berichterstatter Cristian Pîrvulescu.

Durch Fortschritte im Bereich der sozialen Medien, und auch dank der Freizügigkeit wurde der öffentliche Raum der EU stärker integriert. Daher brauchen wir jetzt unbedingt eine gemeinsame Grundlage, um Hass wirksam zu bekämpfen. Ebenfalls sind Sensibilisierung und Aufklärung erforderlich, um die Auswirkungen dieser Taten zu ermitteln und ihnen vorzubeugen. Der EWSA empfiehlt, sich hierbei besonders auf diejenigen zu stützen, die eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Hass spielen, wie Lehrkräfte, Journalisten und Beschäftigte der Strafverfolgungsbehörden. Der EWSA fordert die politischen

Entscheidungsträger zu verantwortungsvollem Handeln auf

und unterstreicht die wichtige Rolle der Sozialpartner bei der Verhütung und Bekämpfung von Hasskriminalität an der Basis. „Organisationen der Zivilgesellschaft sind unsere gesellschaftlichen Kontrollinstanzen gegen Hass“, so die Ko-Berichterstatterin Milena Angelova. Die EU muss die Verhaltenskodizes und bewährten Verfahren dieser Organisationen bekannter machen und mehr Finanzmittel bereitstellen, um ihr Fachwissen optimal zu nutzen. (gb)



Menschenwürdige Arbeit: Unternehmerisches Handeln darf niemals auf Kosten der Würde und Freiheit der Menschen gehen

Aufgrund des drastischen Anstiegs der Kinder- und Zwangsarbeit sowie der anhaltenden Ausbeutung von Arbeitnehmern auf der ganzen Welt machen muss die EU im Bereich menschenwürdige Arbeit dringender denn je tätig werden.

Die Anhörung zum Thema „Menschenwürdige Arbeit weltweit“ am 4. Mai brachte EWSA-Mitglieder, Vertreter der EU-Institutionen und der Internationalen Arbeitsorganisation sowie Wissenschaftler und Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen.

Dabei wurden Beiträge für die künftige Stellungnahme des EWSA zu diesem Thema gesammelt. Der Schwerpunkt lag auf der im Februar angenommenen Mitteilung der Kommission über menschenwürdige Arbeit weltweit und ihrem Vorschlag für eine Richtlinie über die Nachhaltigkeitspflichten von Unternehmen.

Mit diesen Initiativen will die Kommission die EU als Vorreiterin für menschenwürdige Arbeit sowohl in Europa als auch weltweit positionieren und Millionen von Menschen in die Lage versetzen, in Würde zu arbeiten und zu leben.

„Wir haben einen Traum von einer Zukunft mit menschenwürdiger Arbeit. Für Hunderte von Millionen Menschen auf der ganzen Welt ist menschenwürdige Arbeit noch keine Realität, was die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele zu einer schwierigen Aufgabe macht“, erklärte die Berichterstatterin für die Stellungnahme des EWSA, **María del Carmen Barrera Chamorro**.

Die COVID-19-Pandemie hat die Lage in der Arbeitswelt weiter verschärft, und viele Länder berichten von einer Zunahme prekärer Arbeitsbedingungen. Hiervon sind sowohl Frauen als auch schutzbedürftige Gruppen wie Kinder und Arbeitnehmer in der informellen Wirtschaft unverhältnismäßig stark betroffen. Die Zahl arbeitender Kinder war bereits vor der Pandemie gestiegen und hat zwischen 2016 und 2020 um mehr als 8 Millionen zugenommen, nachdem sie zuvor rückläufig war.

Jetzt sind 160 Millionen Kinder betroffen, d. h. jedes zehnte Kind weltweit. 25 Millionen Menschen sind von Zwangsarbeit betroffen. Ohne ausreichenden Sozialschutz könnten weitere 46 Millionen Kinder in naher

Zukunft Opfer von Kinderarbeit werden.

Ziel der EU ist es, ein nachhaltiges und verantwortungsvolles Verhalten der Unternehmen auf den heimischen Märkten, in Drittländern und in den globalen Wertschöpfungsketten zu fördern. Die wichtigsten Instrumente sind hierbei die EU-Strategien für unternehmerische Verantwortung und Transparenz sein. Ebenfalls geplant ist ein Rechtsinstrument zum Verbot von Produkten, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden. Alle Maßnahmen sollen die Gleichstellung der Geschlechter fördern und Diskriminierung bekämpfen.

„Wir begrüßen die Initiative der Kommission, aber wir brauchen eine ehrgeizigere Agenda und eine integrierte Politik, die auf universellen Menschenrechten beruht. Menschenwürdige Arbeit liegt im Interesse der Menschen, aber auch der Unternehmen, der Verbraucher und unseres Planeten“, erklärte **Frau Barrera Chamorro** abschließend. (II)



Die EU muss Barrieren für die Beschäftigung junger Menschen mit Behinderungen beseitigen

In einer Anhörung des EWSA am 8. April mit führenden Akteuren der Behindertenpolitik - darunter Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft - wurde darauf hingewiesen, dass die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen,

insbesondere junger Menschen, erhöht werden muss. Trotz rechtlicher Bemühungen geht aus den diesbezüglichen Daten hervor, dass viele von ihnen in der Arbeitswelt nach wie vor diskriminiert werden, weil das Vorurteil, sie seien unproduktiv, sich hartnäckig hält.

Die wichtigste Erkenntnis der Anhörung war, dass in der neuen EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen die Probleme junger Menschen mit Behinderungen in Bezug auf Beschäftigung und Bildung anerkannt wurden. Die Sozialpartner können jedoch noch nicht einschätzen, wie weit die entsprechenden Bemühungen gehen werden.

Junge Menschen mit Behinderungen stehen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt vor Hindernissen, und zwar sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor. Die Arbeitslosenquote von Menschen mit Behinderungen ist im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung unverhältnismäßig hoch, insbesondere bei Frauen und jungen Menschen. Den jüngsten auf EU-Ebene verfügbaren Daten zufolge ist die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen mit Behinderungen eingestellt werden, um 24,4 % geringer. Diese Ungleichheit wurde durch die COVID-19-Pandemie anscheinend noch verstärkt.

Daphne Nathalie Ahrendt, Senior Research Manager bei Eurofound, stellte die Ergebnisse einer Eurofound-Umfrage vor: 27 % der Befragten mit Behinderungen waren arbeitslos, verglichen mit 12 % der Befragten ohne Behinderungen. 55 % von ihnen befinden sich finanziell in einer prekären Lage, verglichen mit 38 % ihrer Gleichaltrigen ohne Behinderungen. Eine große Mehrheit der Befragten mit Behinderungen sind einem erhöhten Risiko von Depression und Einsamkeit ausgesetzt.

Nach Angaben von **Francesca Sbianchi** vom Jugendausschuss des Europäischen Behindertenforums „haben viele von uns höhere Lebenshaltungskosten und sind daher auf Unterstützungsleistungen und Behindertenbeihilfen angewiesen, um in Würde leben zu können“. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Beseitigung einiger dieser Ungleichheiten besteht darin, Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, ihre Behindertenbeihilfe bei Aufnahme einer Arbeit weiter zu beziehen, um ihnen Zeit zu geben, finanziell unabhängig zu werden.

Stefan Tromel von der Internationalen Arbeitsorganisation wies darauf hin, dass auch wenn die neuen Beschäftigungsformen Möglichkeiten für die Einbeziehung einer größeren Zahl von Menschen mit Behinderungen bieten, aus Daten der OECD hervorgeht, dass auch bei digitalen Kompetenzen eine Kluft zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen besteht und dass Telearbeit eine Wahlmöglichkeit bleiben muss. Um diese Kluft zu schließen und den Zugang zum Arbeitsplatz zu verbessern, müssen die Gewerkschaften mit den Sozialpartnern zusammenarbeiten. So könnten die Wirtschafts- und Sozialausschüsse jedes Landes eine gute Plattform sein, um hierfür Raum zu schaffen.

Menschen mit Behinderungen werden stärker diskriminiert, wenn sie jung sind. Da 2022 das Europäische Jahr der Jugend ist, müssen wir uns ein besseres Bild von der Realität dieser speziellen Gruppe machen. (rl)



Stabile, faire und unternehmensfreundliche neue Finanzierungsquellen für den EU-Haushalt

Der EWSA fordert gezieltere Folgenabschätzungen zu den Vorschlägen der Kommission, neue Finanzierungsquellen für den EU-Haushalt zu erschließen, um die Schulden aufgrund von NextGenerationEU zurückzuzahlen.

Im Allgemeinen stimmt der EWSA den vorgeschlagenen „Eigenmittel“-Einnahmen der EU für den Haushalt zu. Diese Eigenmittel müssen jedoch stabil und fair sein und dürfen weder die Haushalte noch die Unternehmen belasten.

In seiner auf der Mai-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme fordert der EWSA die Kommission zudem auf sicherzustellen, dass ihre Vorschläge wirtschaftlichen Schocks standhalten können. Er warnt davor, dass die Auswirkungen der höheren Energiekosten infolge des Krieges in der Ukraine die Vorschläge zunichtemachen könnten.

„Die neuen Eigenmittel dürfen die Mittelausstattung der anderen EU-Programme und -Instrumente nicht gefährden und auch nicht zu einer Erhöhung der auf dem BNE basierenden Beiträge führen“, so der Berichterstatter der Stellungnahme, **Philip von Brockdorff**. Der Mitberichterstatter, **Antonio García del Riego**, fügte hinzu: „Der EWSA begrüßt die Bemühungen der OECD, dafür zu sorgen, dass internationale Unternehmen dort besteuert werden, wo ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten und Wertschöpfung stattfinden. Gleichzeitig unterstreicht er jedoch, dass EU-Unternehmen infolge der Umsetzung der neuen Bestimmungen keine Wettbewerbsnachteile gegenüber ihren wichtigsten Handelspartnern erfahren dürfen.“ (tk)



Wettbewerbspolitik sollte neuen Zielen der EU gerecht werden

Um die klimapolitischen und digitalen Ambitionen sowie die strategische Autonomie der Union zu unterstützen, die massive Investitionen erfordern, sollten die Fusionskontroll-, Kartell- und Beihilfevorschriften überarbeitet werden. In zwei neuen

Stellungnahmen erläutert der EWSA, wie dabei vorzugehen ist.

Im Rahmen einer Debatte auf der EWSA-Plenartagung am 19. Mai wurden zwei neue Stellungnahmen erörtert, in denen die EU-Wettbewerbspolitik und staatliche Beihilfen für Gesundheits- und Sozialdienste vor dem Hintergrund des veränderten globalen Kontexts beleuchtet werden.

In seiner Stellungnahme zu der Mitteilung „[Eine Wettbewerbspolitik für neue Herausforderungen](#)“ forderte der EWSA die Europäische Kommission nachdrücklich auf, bei der laufenden Neugestaltung der EU-Wettbewerbspolitik weiter zu gehen als je zuvor.

Wenngleich die Maßnahmen, die zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und anschließend zur Eindämmung der Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine ergriffen wurden, den Unternehmen erheblich zugutegekommen sind, besteht diesbezüglich noch Verbesserungsbedarf. Zudem gilt es sicherzustellen, dass die Förderkriterien es allen Sektoren ermöglichen, von den Maßnahmen zu profitieren. Insbesondere die am stärksten betroffenen Unternehmen dürfen nicht ausgeschlossen werden.

Der allgemeine Rahmen des Wettbewerbsrechts ermöglichte zwar gegenüber einer Reihe von Herausforderungen gewisse Anpassungen. Doch dies geht nicht weit genug, um den strategischen Zielen der EU – dem ökologischen und dem digitalen Wandel und der Resilienz – Rechnung zu tragen. Der EWSA hebt hervor, dass diese Ziele massive öffentliche und private Investitionen erfordern und bestmöglich gefördert werden sollten.

Maßnahmen der Fusionskontrolle scheinen mitunter der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA und China zuwiderzulaufen. Zudem werden die Bestimmungen in Bezug auf den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung den neuen Herausforderungen in den Bereichen Umwelt und Digitales nicht unbedingt gerecht.

„Wir plädieren für einige technische Anpassungen, die den Zugang zu Unterstützungsleistungen erleichtern. Außerdem schlagen wir Lösungen vor, mit denen Innovation und digitale Entwicklungen besser

berücksichtigt werden können. Wir haben ferner Vorschläge dafür unterbreitet, wie nicht nur die Industrie, sondern alle Sektoren gleichermaßen profitieren können. Ich denke hier vor allem an den Handel und an KMU.“, so die Berichterstatterin der Stellungnahme, **Emilie Prouzet**.

In einer zweiten Stellungnahme befasste sich der EWSA mit **staatlichen Beihilfen im Bereich der Sozial- und Gesundheitsdienste**.

„Die COVID-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass die Sozial- und Gesundheitsschutzsysteme so gestaltet sein müssen, dass sie rasch an Veränderungen angepasst werden können.“, so Berichterstatter **Giuseppe Guerini** (Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft, IT). „Dank der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen ließen sich die Verfahren für die Gewährung staatlicher Beihilfen vereinfachen und beschleunigen.“

Der EWSA weist darauf hin, dass staatliche Beihilfen in diesem Bereich keine großen Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Wettbewerb haben. Sozial- und Gesundheitsdienste weisen in den einzelnen Ländern meistens lokale Strukturen auf und werden grundsätzlich vor Ort erbracht. Staatliche Beihilfen in diesem Bereich sollten nicht als Beeinträchtigung des Wettbewerbs erachtet werden.

Ein weiterer wichtiger Vorschlag betrifft den zulässigen Höchstbetrag für staatliche Beihilfen. Nach Ansicht des EWSA sollte der Höchstbetrag (derzeit 500 000 EUR über drei Steuerjahre), ab dem Beihilfen im Wege eines langwierigen und komplexen Verfahrens bei der Kommission angemeldet werden müssen, für die genannten Dienste höher sein als für andere Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI). Eine Erhöhung des Betrags wäre angesichts des allgemeinen Nutzens von Sozial- und Gesundheitsdiensten, ihrer begrenzten Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Handel und neuerlicher Inflationstendenzen gerechtfertigt. (dm)



Eine nachhaltige Verpackungsindustrie kann eine wichtige Rolle beim Schutz unseres Planeten spielen

In einer von der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) erarbeiteten und auf der Plenartagung im Mai verabschiedeten **Stellungnahme** empfiehlt der Europäische

Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) der Europäischen Kommission und den nationalen Regierungen in Absprache mit allen Interessenträgern der Verpackungsindustrie während des gesamten Produktzyklus die notwendigen Schritte zugunsten der Nachhaltigkeit des Industriezweigs zu unternehmen.

In der Industrie, im Baugewerbe, für Kommunikationssysteme oder für den individuellen Verbrauch werden enorme Mengen an Verpackungsmaterial benötigt, um die Sicherheit, die Hygiene, den Transport, die Haltbarkeit, die Aufmachung und die Anwendbarkeit von Waren aller Art zu gewährleisten. Dieses Verpackungsmaterial wird aus kohlenstoffhaltigen oder metallischen Fasern und damit aus begrenzt verfügbaren Ressourcen gefertigt.

„In der Zukunft sollte in der EU-Rechtsetzung stärker auf den gesamten Lebenszyklus der Produkte geschaut und die Kreislaufwirtschaft gefördert werden. Produktion, Verbrauch und Abfallbehandlung in der Verpackungsindustrie sind entscheidend für Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Zukunft“, so Berichterstatter **Matteo Carlo Borsani**.

In der Stellungnahme werden auch die zu bevorzugenden Rohstoffe genannt – Verpackungen aus Naturfasern und anderen natürlichen Materialien könnten das Wachstum wirksam von der Ressourcennutzung abkoppeln, da sie nachhaltig, attraktiv, recycelbar und biologisch abbaubar sind.

Die Einstellung der Verbraucher zu Verpackungen und ihr praktischer Umgang mit ihnen verändert sich. Es ist entscheidend, dass die Industrie und die Verbraucher ihre Verpackungsgewohnheiten ändern.

Der EWSA fordert außerdem einen europäischen sozialen Dialog in der Verpackungsindustrie unter Beteiligung der Gewerkschafts- und Arbeitgeberverbände. Angesichts der Bedeutung von Verpackungen in allen Wirtschaftsbereichen wird der Europäischen Kommission in der Stellungnahme empfohlen, ein jährliches Forum für Verpackungen und Verpackungsabfälle einzurichten. Das Forum könnte die Interessenträger und Vertreter der europäischen Institutionen zusammenbringen, um die Umsetzung der Richtlinie zu überwachen und bewährte Verfahren im Zusammenhang mit Vorschriften über nachhaltige Verpackungen zu ermitteln. (ks/rl)



Nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe: EWSA unterstützt Standpunkt der Europäischen Kommission

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) unterstützt in einer auf seiner Plenartagung im Mai verabschiedeten Stellungnahme die Mitteilung „Nachhaltige

Kohlenstoffkreisläufe“ der Europäischen Kommission. Seines Erachtens muss die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) den strategischen Rahmen für die Umstellung auf eine CO₂-arme Landwirtschaft vorgeben.

Angesichts der Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen hat die Europäische Union ihr Ziel der gesamtwirtschaftlichen Klimaneutralität bis 2050 rechtlich verankert. Zur Erreichung dieses ehrgeizigen Ziels müssen durch Schlüsselmaßnahmen wie das Recycling von Kohlenstoff aus Abfallströmen, aus nachhaltigen Biomassequellen oder direkt aus der Atmosphäre und die Ausweitung von Lösungen zur Kohlenstoffabscheidung, die Kohlendioxid (CO₂) aus der Atmosphäre binden und langfristig speichern, nachhaltige und klimaresiliente Kohlenstoffkreisläufe geschaffen werden.

„CO₂-Neutralität ist nur möglich, wenn die Treibhausgasemissionen verringert, grüne Alternativen zu fossilem Kohlenstoff gefunden und Kohlenstoffsinken vermehrt werden“, erklärte der Berichterstatter der Stellungnahme, **Arnold Puech d'Alissac**. Er fügte hinzu, dass der EWSA die beiden in der Kommissionsmitteilung zu nachhaltigen Kohlenstoffkreisläufen vorgeschlagenen Lösungen zur Beseitigung und Bindung von CO₂ befürwortet, namentlich naturbasierte Lösungen (die sog. klimaeffiziente Landwirtschaft) und technologisch-industrielle Lösungen.

Daher fordert er die Kommission auf, das Thema ganzheitlich zu betrachten. Der Ausbau von Kohlenstoffsinken und die größtmögliche Ersetzung von fossilem Kohlenstoff werden zwangsläufig dazu führen, dass mehr Biomasse erzeugt wird, was sich auf den Landnutzungssektor auswirken wird. Der Landnutzungssektor kann eine aktive Rolle bei der Bekämpfung der Erderwärmung spielen und zur Umstellung auf ein nachhaltiges Lebensmittelsystem im weiteren Sinne beitragen.

Die klimaeffiziente Landwirtschaft sollte nicht nur als wirtschaftliche Chance, sondern als grundlegender Bestandteil der europäischen Landwirtschaft der Zukunft und als Handlungsinstrument gegen den Klimawandel betrachtet werden: CO₂-Gutschriften müssen eine erbrachte Leistung – die Bindung von atmosphärischem CO₂ – belohnen, aber gleichzeitig auch die Emissionswende in der Landwirtschaft begleiten.

Der EWSA unterstreicht zudem die entscheidende Rolle, die der GAP dabei zukommt, den politischen Rahmen für die Umstellung auf eine CO₂-arme Landwirtschaft (die weniger CO₂ ausstößt und mehr CO₂ bindet) vorzugeben. Er betont allerdings auch, dass die CO₂-Speicherung nicht zu einer Auflage im Rahmen der GAP gemacht werden sollte und ein spezieller Markt geschaffen und unterstützt werden muss. Für die Entwicklung der klimaeffizienten Landwirtschaft ist ein klarer, in allen Mitgliedstaaten einheitlicher Rechtsrahmen erforderlich, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Mitgliedstaaten nicht über dieselben Investitions- und Unterstützungskapazitäten verfügen. (ks)



[EWSA hält sichere und erschwingliche Energieversorgung für vordringlich](#)

Die Unabhängigkeit der Energieversorgung ist für die Zukunft Europas entscheidend: Die EU muss ihre Energieversorgung so bald wie möglich sichern, sich von russischem Gas unabhängig machen und die Energiewende drastisch beschleunigen. Das ist die wichtigste Erkenntnis aus der Stellungnahme „REPowerEU: gemeinsames europäisches Vorgehen für erschwinglichere, sichere und nachhaltige Energie“, die von Thomas Kattnig, Alena Mastantuono und Simo Tiainen erarbeitet und auf der Plenartagung im Mai verabschiedet wurde.

Der EWSA unterstützt die Mitteilung der Europäischen Kommission „REPowerEU“, die das Kollegium am Tag der Verabschiedung der Stellungnahme gebilligt hat, da sie den Zielen des Grünen Deals und der Europäischen Energieunion entspricht. Zudem werden in dem Vorschlag neue Maßnahmen zur Steigerung

der Erzeugung grüner Energie, zur Diversifizierung der Versorgung und zur Verringerung der Nachfrage nach russischem Gas aufgezeigt, wobei Marktmanipulationen zu einem erheblichen Anstieg der Strommarktpreise geführt haben.

Nach Ansicht des Ausschuss ist besondere Vorsicht geboten, wenn die EU russisches Gas durch andere Ressourcen ersetzen möchte. Dies betrifft nicht nur die Umweltauswirkungen, sondern auch die Möglichkeit neuer Abhängigkeiten von Drittstaaten, die die europäischen Werte nicht teilen.

Die derzeitige geopolitische Lage aufgrund der russischen Invasion in der Ukraine hat den beispiellosen, in den letzten Monaten in der EU zu verzeichnenden Anstieg der Energiepreise noch weiter verschärft. Daher müssen unbedingt Sofortmaßnahmen ergriffen werden, um die Folgen der hohen Preise für die europäischen Haushalte, Landwirte, Unternehmen und die Industrie abzufedern. (mp)



EWSA fordert konkretere Maßnahmen zur Unterstützung und zum Schutz unabhängiger belarussischer Journalisten

Seit August 2020 greift Aleksander Lukaschenkos autoritäres Regime die Zivilgesellschaft, unabhängige Journalisten, Blogger und Schriftsteller in Belarus massiv an. Der EWSA legte einen

Informationsbericht über die Lage der Medien im Land vor. Darin enthalten: Empfehlungen, wie belarussische Medienunternehmen und Journalisten, die aus dem Land geflohen sind, und solche, die sich im Kampf gegen das Regime zum Bleiben entschlossen haben, unterstützt werden können.

Tatjana Babrauskienė, EWSA-Mitglied und Berichterstatterin, stellte auf der Plenartagung des EWSA im Mai den [Informationsbericht über die Unterstützung des unabhängigen Mediensektors in Belarus](#) vor.

Ausdrücklich lobte sie den bedeutenden Beitrag ihrer Sachverständigen, der unabhängigen belarussischen Journalistin **Hanna Liubakova**, zur Ausarbeitung des Berichts: „Die belarussischen Journalistinnen und Journalisten leisten Unglaubliches – bringen sich und ihre Familie in große Gefahr, um uns über die Wahrheit zu berichten. Das muss unbedingt anerkannt werden. Es ist unsere Pflicht sie zu schützen und zu unterstützen.“

Da die Lage der Medien in Belarus ganz Europa betrifft, schlägt der EWSA vor, dass die Mitgliedstaaten nicht nur mit unabhängigen Nachrichtenagenturen in Belarus zusammenarbeiten, sondern auch helfen, Nachrichten aus und über Belarus zu verbreiten.

Der Informationsbericht enthält konkrete Empfehlungen und ist eine Paradebeispiel für die Unterstützung der Medienfreiheit in der Krise:

- Befreiung schutzbedürftiger belarussischer Journalisten von der Visumpflicht
- Bereitstellung von EU- und nationalen Mitteln in den Mitgliedstaaten zur Unterstützung freier

belarussischer Medien und Journalisten

- rechtliche, finanzielle und psychologische Unterstützung für Journalisten, die unter Repressalien leiden
- Integration belarussischer unabhängiger Journalisten in den EU-Mitgliedstaaten durch Beschäftigung oder Volontariate
- unbürokratische Inanspruchnahme von EU-Finanzhilfen
- IT-Einrichtungen zur Ermöglichung des Internetzugangs und digitale Instrumente zur Umgehung der Zensur.



Ohne konkrete Maßnahmen hat die Jugend des Westbalkans keine Zukunft

Die Teilnehmer der Anhörung des EWSA zur „Jugendpolitik auf dem Westbalkan im Rahmen der Innovationsagenda für den Westbalkan“ bekräftigten, wie wichtig junge Menschen für die Zukunft der Region sind. Sie wiesen auch auf das Problem der

Fachkräfteabwanderung hin und legten dar, wie dieser „Brain Drain“ zu einer „Brain Circulation“ – einer Mobilität Hochqualifizierter – weiterentwickelt werden könnte, um das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung im Westbalkan zu fördern.

EWSA-Mitglied **Dragica Martinović Džamonja** betonte: „Junge Menschen tragen maßgeblich zur Entwicklung sowie zu Frieden und Stabilität bei.“

Ähnlich sah es EWSA-Mitglied **Andrej Zorko**: „Wichtig ist, dass junge Menschen nicht bloß Zielgruppe von Projekten sind, sondern die Politik tatsächlich aktiv mitgestalten.“

Dafina Peci, Leiterin der Initiative „Tirana – Europäische Jugendhauptstadt 2022“, betonte die Bedeutung von Jugend- und zivilgesellschaftlichen Organisationen und erläuterte die Arbeit der seit Jahren in den sechs Westbalkanländern tätigen Jugendplattform des Westbalkans.

„Brain Drain“ kann zu „Brain Gain“ werden

Angesichts unzureichender Bildung, fehlender Qualifikationen, schlechter Beschäftigungsbedingungen und fehlender Chancen haben junge Menschen keine sicheren Aussichten auf eine Zukunft in Wohlstand.

Albert Hani, Generalsekretär des Regionalbüros für Jugendzusammenarbeit (RYCO), betonte, dass durchschnittlich 52 % der jungen Menschen die Region verlassen möchten. „Wollen die Regierungen, dass die jungen Menschen in der Heimat bleiben, dann müssen sie sich für deren Bedürfnisse und Prioritäten einsetzen.“

Milica Škiljević, Projektmanagerin der Belgrade Open School, wies auf die fehlenden Informationen über Berufs- und Beschäftigungsaussichten hin.

Für **Ognjen Marković**, Teamleiter des Westbalkan-Jugendlaborprojekts im Regionalen Kooperationsrat, ist die Teilhabe junger Menschen mit ihren Kenntnissen und ihrem Fachwissen ein Mehrwert, sofern die politischen Entscheidungsträger ihnen in Augenhöhe begegnen.

Die Jugendgarantie für die Westbalkan-Initiative könnte zusammen mit Jugendnetzwerken und nationalen Interessenträgern einen Reformprozesses einleiten, um die Beschäftigungsfähigkeit der jüngeren Generation in der Region zu stärken. (at)



Laufen für die Ukraine

Als Vertreterin des EWSA nahm EWSA-Vizepräsidentin **Giulia Barbucci** am 29. Mai an der 42. Ausgabe des Brüsseler 20-km-Laufs teil. An dem Lauf nahmen auch Vertreter anderer EU-Institutionen teil, wie etwa die Präsidentin des Europäischen Parlaments **Roberta Metsola**.

Frau Barbucci hielt die Veranstaltung gerade jetzt ganz besonders wichtig: „Der 20-km-Lauf in Brüssel war mit 33 000 teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger Europas und Vertretern der EU-Institutionen ein großer Erfolg, der ein starkes Zeichen für den Frieden und die Solidarität mit der Ukraine gesetzt hat.“

Dieses Jahr nahmen mehr als 33 000 Menschen an dem Lauf teil, darunter auch 800 EU-Bedienstete, die für das Team „Running for Europe“ liefen. Insgesamt waren 137 Nationalitäten vertreten. Wie bereits im Vorjahr gewann der Belgier **Amaury Paquet** den Lauf mit einer Zeit von 1:00:01 h.

2022 stand der Lauf ganz im Zeichen der Solidarität der Europäischen Union mit der Ukraine. Die im Rahmen der Veranstaltung gesammelten Spenden sind für den ukrainischen Pfadfinderverband bestimmt. Auf diese Weise sollen die Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten, Schlafsäcken und anderen Gütern des Grundbedarfs sowie die Koordinierung der psychologischen Betreuung der vom Konflikt betroffenen Menschen und Gemeinschaften unterstützt werden. (ehp)

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Das europäische Chip-Gesetz – eine wichtige Initiative mit einigen Fragezeichen

von Heiko Willems, Mitglied der Gruppe Arbeitgeber

Halbleiter sind essenzieller Bestandteil verschiedenster Lebensbereiche für Wirtschaft und Verbraucher. Ohne sie sind zudem die Ziele des ökologischen und digitalen Wandels nicht erreichbar. Das von der Europäischen Kommission am 8. Februar 2022 vorgelegte europäische Chip-Gesetz soll die Versorgungssicherheit, Resilienz und technologische Führungsrolle der EU bei Halbleitertechnologien und -anwendungen gewährleisten.

Die Stärkung des europäischen Halbleiterökosystems erfordert private Investitionen und erhebliche öffentliche Unterstützung. Daher plant die Kommission für die kommenden Jahre Investitionen in Höhe von 43 Mrd. EUR. Allerdings wird der Großteil dieser Mittel lediglich aus anderen Programmen neu zugewiesen und stellt nur etwa ein Drittel der von China bis 2025 geplanten Investitionen dar. Zugleich könnten hohe Beihilfen zu wirtschaftlich nicht nachhaltigen Investitionen führen und sich negativ auf den Markt auswirken.

Der Schwerpunkt der EU muss auch auf den Bedürfnissen der europäischen Industrie liegen. Das Beherrschen kleiner Strukturgrößen (< 10nm) ist nicht allein maßgebend für den Erfolg des Halbleiterökosystems. Es gilt, auch die Stärken der europäischen Halbleiterindustrie zu berücksichtigen.

Die Halbleiterwertschöpfungskette ist eine der am stärksten globalisierten überhaupt. Daher wäre der Aufbau einer eigenen geschlossenen Wertschöpfungskette in jeder Weltregion ökonomisch nicht zielführend. Vielmehr sollte ausgehend von einer detaillierten Analyse der Stärken und Schwächen des europäischen Halbleiterökosystems die Frage diskutiert werden, wie die Resilienz Europas durch gezielte Investitionen erhöht werden kann. Gleichzeitig sollte die EU die internationalen Partnerschaften ausbauen.

Dieser Situation muss auch bei den geplanten – sehr weitreichenden – Sofortmaßnahmen Rechnung getragen werden. Eine Priorisierung von Aufträgen für kritische Sektoren, gemeinsame Beschaffungssysteme oder Ausfuhrkontrollen sind tiefgreifende Eingriffe in den Markt, die absoluten Ausnahmesituationen vorbehalten bleiben müssen.

Der EWSA wird die Stellungnahme [Ein Chip-Gesetz für Europa](#) (INT/984) auf seiner Juni-Plenartagung erörtern.



Nach Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas müssen die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger auch umgesetzt werden

von der Gruppe Arbeitnehmer

Nach einem Jahr intensiver Arbeit hat die Konferenz zur Zukunft Europas schließlich Empfehlungen mit [ehrgeizigen Vorschlägen](#) für ein gerechteres und stärkeres Europa vorgelegt, die die Bürgerinnen und Bürger ganz Europas zusammen mit den Sozialpartnern und anderen Akteuren erarbeitet haben. Die Bürger haben deutlich gemacht, dass die EU in für sie wichtigen Bereichen mehr tun muss. Dies betrifft insbesondere Fragen wie Ungleichheit, Armut, Bekämpfung des Klimawandels und Schutz der Demokratie. Dafür steht beispielsweise die Annahme eines Protokolls über den sozialen Fortschritt, mit dem sichergestellt werden soll, dass die Sozial- und Arbeitnehmerrechte den vier Grundfreiheiten des Binnenmarkts gleichgestellt sind. Die Bürgerinnen und Bürger forderten auch ein mutigeres Europa, das auf der internationalen Bühne mit einer Stimme spricht, auf sein Umfeld reagieren kann und bürgernäher sowie transparenter wird.

Diese Arbeit darf sich jedoch nicht in Lippenbekenntnissen oder leeren Versprechungen erschöpfen. Entscheidend ist, dass die Vorschläge wirklich umgesetzt werden. Deshalb muss ein Konvent organisiert und die Möglichkeit geprüft werden, dauerhafte Strukturen für die Bürgerbeteiligung zu schaffen. Dafür wäre der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss besonders gut geeignet. Als Haus der organisierten Zivilgesellschaft und der deliberativen Demokratie in der EU muss der EWSA dafür sorgen, dass die ehrgeizigen Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger in konkrete politische Maßnahmen umgemünzt werden. Die Bürgerinnen und Bürger wurden gefragt, und sie haben geantwortet. Die Gruppe Arbeitnehmer hat eine [hochrangige Konferenz](#) mit unterschiedlichen Mitgliedern der Konferenz organisiert, um die Empfehlungen und mögliche Folgemaßnahmen zu erörtern und dem Verfahren Kontinuität zu verleihen. Jetzt ist es die Aufgabe der Organe, tätig zu werden. (prp)



Namensänderung bei Gruppe III des EWSA: Gruppe Vielfalt Europa heißt ab jetzt Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft

von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft

Am 18. Mai 2022 beschloss die [Gruppe Vielfalt Europa](#) (Gruppe III) des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) einstimmig, sich in Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft umzubenennen. Die Namensänderung tritt ab sofort in Kraft.

Séamus Boland, Vorsitzender der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft, betonte: „Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die COVID-19-Pandemie und jetzt der Ukraine-Krieg haben verdeutlicht, dass die

Organisationen der Zivilgesellschaft aktiv zur Resilienz und Nachhaltigkeit unserer Gemeinwesen beitragen. Sie lösen Probleme, verteidigen unsere europäischen Werte und sind von entscheidender Bedeutung für die Umsetzung wirksamer Maßnahmen. Die Organisationen der Zivilgesellschaft sind wichtige Akteure für eine nachhaltige Zukunft und müssen auch als solche anerkannt werden.“

Folglich hat die Gruppe eine Namensänderung beschlossen, die den Interessenträgern ihre Zusammensetzung und ihren Auftrag besser verdeutlichen soll.

Diese Namensänderung kommt genau zum richtigen Zeitpunkt, wurde doch unlängst der [Abschlussbericht](#) über die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas veröffentlicht. In diesem Bericht wird eine Stärkung der bestehenden Strukturen vorgeschlagen, um die Bedürfnisse und Erwartungen der Unionsbürgerinnen und -bürger im Beschlussfassungsprozess besser widerzuspiegeln. In dieser Hinsicht sollte die institutionelle Rolle des EWSA gestärkt werden, und er sollte als Prozessbegleiter und Garant für die partizipative Demokratie fungieren, wie z. B. für den strukturierten Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft und die Bürgerforen.

Während der Präsidentschaft 2020–2023 wird sich die Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft in ihrer Arbeit auf das Thema „Armut und Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Armutsbekämpfung“ konzentrieren.

Weitere Informationen über die Gruppe finden Sie auf dem [EWSA-Internetportal](#).

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



[Biologische Vielfalt: Künstler engagieren sich](#)

Eine neue Generation von Künstlerinnen und Künstlern stellt die biologische Vielfalt und die Natur in den Mittelpunkt ihres Schaffens. In der Online-Ausstellung „[Biologische Vielfalt: Künstler engagieren sich](#)“ wird der Zusammenhang zwischen Mensch und Natur auf einzigartige Weise verdeutlicht. Die im Rahmen des französischen EU-Ratsvorsitzes organisierte Ausstellung ist vom 20. Mai bis zum 20. Juni 2022 zu sehen.

Für dieses Online-Kunstprojekt hat die französische Delegation im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss fünf herausragende junge Künstlerinnen und Künstler ausgewählt, um ihre Arbeiten zu würdigen, mit denen sie die betreffenden Themen bekannt machen und in den öffentlichen Diskurs tragen.

Sie wurden aus den 21 Preisträgern des Preises *Planète Art Solidaire* ausgewählt, der 2021 von der gemeinnützigen Organisation [Art of Change 21](#) verliehen wurde. Diese ausschließlich virtuelle Ausstellung enthält ein Werk mit einer entsprechenden Erläuterung jedes Künstlers sowie ein kurzes Video, in dem jeder Künstler über sein Werk spricht. (ck)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Amalia Tsoumani (at)
Chrysanthi Kokkini (ck)
Daniela Marangoni (dm)
Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Giorgia Battiato (gb)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katerina Serifi (ks)
Katharina Radler (kr)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Margarida Reis (mr)
Pablo Ribera Paya (prp)
Thomas Kersten (tk)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Giorgia Battiato (gb)

Technical support
Bernhard Knoblach (bk)
Joris Vanderlinden (jv)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.
EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

07/2022